

Institut für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

20. Seminar

**Aktuelle Entwicklungen im
Unternehmens- und Steuerrecht**

Sommersemester 2013

Das Seminar findet zu den angegebenen Terminen jeweils am Montag in der Zeit von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr im Hörsaal U 11 (Untergeschoss), Juridicum, Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien, statt.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Änderungen des Seminarprogramms werden auch unter www.bpv-huegel.com (News) bekannt gemacht. Dort sind auch Seminarunterlagen veröffentlicht. Falls Sie die Zusendung des Programms wünschen, senden Sie bitte ein Email an hanns.f.huegel@bpv-huegel.com.

Vor- oder nachlaufende Diskussionsbeiträge können unter <http://blog.bpv-huegel.com> gepostet werden.

18. März Verantwortung von Gesellschaftsorganen: zwischen Schadenersatz und strafrechtlicher Untreue

Zunehmend geraten Gesellschaftsorgane (Manager) in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden. Wie aktuelle Fälle zeigen, spielt dabei der Untreuetatbestand des § 153 StGB eine wesentliche Rolle: Seine zentralen Tatbestandselemente werfen oft gesellschaftsrechtliche Vorfragen auf. Führt eine verbotene Einlagenrückgewähr ohne weiteres zum Befugnismissbrauch? Wie erfolgt die Abgrenzung unternehmerischen Ermessens (auch) bei riskanten Geschäften zum bedingten Schädigungsvorsatz? Erfüllt Vermögensgefährdung den Schädigungstatbestand? Schließt die einstimmige oder mehrstimmige Zustimmung der Gesellschafter die strafrechtlich relevante Schädigung der Gesellschaft aus?

Dazu: *Lewis*, Untreue als Vermögensgefährdungsdelikt? Befugnismissbrauch – Schadensbegriff – Schädigungsvorsatz, AnwBl 2012, 141; *Rüffler*, Strafrechtliche Untreue und Gesellschaftsrecht, FS Jud (2012) 534; *Nina Huber*, Die Organuntreue zu Lasten von Kapitalgesellschaften (2012).

Podiumsdiskussion mit: RA Univ. Prof. DDr. Peter Lewis, CHSH, Uni Wien
Univ. Prof. Dr. Friedrich Rüffler, Uni Wien
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

25. März frei (Karwoche)

01. April frei (Ostermontag)

08. April Zur Theorie der Privatstiftung und Theorie der juristischen Person: Wesenselemente, Ausgestaltung

Wesen der und Anforderungen an die juristische Person, insbesondere die Stiftung: Rechtsfähigkeit Entstehung und „Vor-Gesellschaft“; Zweck der juristischen Person und das Problem der Selbstzweck-Stiftung; Organisation: Drittorganschaft und Unvereinbarkeit von Vorstandsamt und Begünstigtenstellung; Mitglieder/Begünstigten-Einfluss und Trennungsprinzip; Durchgriff

Dazu: *Werner Flume*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Band I/2: Die juristische Person; *Wiedemann* Gesellschaftsrecht, Band I – Grundlagen; *Rittner*, Die werdende juristische Person; *Zollner*, Die eigennützige Privatstiftung (2012).

Referent: Univ. Prof. Dr. Johannes Zollner, Uni Graz
Diskussion mit: Univ. Prof. Dr. Susanne Kalss, WU Wien
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

15. April frei

22. April **Rechtsfortbildung im Gesellschaftsrecht: ungeschriebene HV-Zuständigkeiten gemäß Holzmüller/Gelatine – Ausschluss und Austritt aus wichtigem Grund bei der GmbH - Delisting**

In den Holzmüller- und Gelatine-Entscheidungen hat der deutsche BGH bestimmte Strukturmaßnahmen ohne ausdrückliche Rechtsgrundlage im AktG der Zuständigkeit der Hauptversammlung unterworfen. Der OGH hat in einer Entscheidung die Maßgeblichkeit dieser Judikatur für den österreichischen Rechtsbereich offen gelassen. Thema des Seminars sind die Relevanz dieser Judikatur für die österreichische Rechtspraxis sowie die Gefahren „überpositiver“ Rechtsfortbildung für die Rechtssicherheit.

Dazu: BGH 25.02.1982 NJW 1982, 1703 – Holzmüller; BGH 26.04.2004, AG 2004, 384 – Gelatine; OLG Frankfurt 07.12.2010 AG 2011, 173 – Dresdner Bank/Commerzbank; OGH 11.03.1996, JBl 1996, 728; *Hügel*, Verschmelzung und Einbringung (1993) 98 ff; *Schärf*, RdW 1997, 121; *Schwarz*, *ecolex* 1997, 667; *Rüffler*, Lücken im Umgründungsrecht (2002) 421 ff; *Bachner* in *Doralt/Nowotny/Kalss*, AktG² § 103 Rz 28 ff mwN; *Koppensteiner*, „Holzmüller“ auf dem Prüfstand des BGH, Der Konzern 2004, 381; *Maier-Reimer/Flume*, Rechtsschutz bei gesellschaftsrechtlichen Strukturmaßnahmen in der Aktiengesellschaft, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 2013, 30.

Das GmbHG regelt nicht den Ausschluss und Austritt wichtigem Grund aus der GmbH. Gleichwohl werden diese Maßnahmen von der herrschenden Ansicht im Schrifttum entsprechend den Grundsätzen zur Auflösung von Dauerschuldverhältnissen für zulässig gehalten. Der OGH hat diese Rechtsfortbildung über den Wortlaut des GmbHG hinaus bisher stets abgelehnt. Die Thematik wurde jüngst durch *Hans-Georg Koppensteiner* erneut umfassend dargestellt und untersucht. Soll der OGH den Rechtsfortbildungsvorschlägen des Schrifttums folgen?

Dazu: *Koppensteiner*, Ausschluss und Austritt bei der GmbH, GesRZ 2013, 4; *Altmeyen*, ZIP 2012, 1685; OGH SZ 26/285, SZ 69/37, SZ 74/13, 4 Ob 216/01w, *ecolex* 2007, 262 mit Anm *Reich-Rohrwig*.

Im Jahr 2012 hat der BGH in der berühmten Macrotron-Entscheidung das Delisting einer AG an den Beschluss einer Hauptversammlung sowie an ein Pflichtangebot der Gesellschaft oder des Großaktionärs gebunden. Das österreichische Schrifttum hat diese Erfordernisse teils befürwortet, teils abgelehnt. Judikatur des OGH fehlt. Jüngst hat das deutsche Bundesverfassungsgericht diese Judikatur im Falle eines Wechsels der Notierung in den qualifizierten Freiverkehr in Frage gestellt.

Dazu: BGH AG 2003, 273 – Macrotron; BVerfG ZIP 2012, 1402; *Habersack*, Macrotron – was bleibt? ZHR 176 (2012) 463; *Bachner* in *Doralt/Nowotny/Kalss*, AktG² § 103 Rz 40 ff mwN. *Habersack*, Macrotron – was bleibt? ZHR 176 (2012) 463; *Bachner* in *Doralt/Nowotny/Kalss*, AktG² § 103 Rz 40 ff mwN.

Podiumsdiskussion mit: em. Univ. Prof. Dr. Hans-Georg Koppensteiner,
Uni Salzburg,
Univ. Prof. Dr. Ulrich Torggler, Uni Wien
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

29. April **Steuerrechtlicher Durchgriff durch ausländische Gesellschaften und Stiftungen im dogmatischen Spannungsfeld von Einkünftezurechnung und Gestaltungsmissbrauch – unter Berücksichtigung des Steuerabkommens Österreich/Liechtenstein**

Den Durchgriff durch juristische Personen hat die Finanzverwaltung zunächst im Falle von ausländischen „Basisgesellschaften“ auf den Gestaltungsmissbrauch nach § 22 BAO gestützt. Die Treaty Shopping-Judikatur des VwGH lehnte diesen Ansatz ab und vollzog einen Paradigmenwechsel zur Einkünftezurechnungslehre. Diese diente ursprünglich freilich vor allem der Zurechnung der Einkunftsquelle in den Fällen des Fruchtgenusses und bei der Aufteilung von Einkunftsquellen zwischen Familienangehörigen. In den letzten Jahren haben

die dogmatischen Grundlagen und die Voraussetzungen des steuerrechtlichen Durchgriffs durch juristische Personen vor allem im Zusammenhang mit ausländischen Stiftungen Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang sind jüngst auch die Kriterien der Anerkennung ausländischer Stiftungen im Rahmen des Steuerabkommens zwischen Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein relevant geworden. Das Seminar geht den dogmatischen Grundfragen und den Anwendungsvoraussetzungen des Durchgriffs im Zusammenhang mit Stiftungen und der Off Shore-Judikatur des VwGH (Hong Kong, Dublin Docks, Jersey etc), nach.

Zur Einkünftezurechnung im Allgemeinen: *Ruppe*, Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung von Einkunftsquellen als Problem der Zurechnung, in *Tipke* (Hrsg), Übertragung von Einkunftsquellen im Steuerrecht, Jahrestagung der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft 1977 (1979) 7 ff; *Lechner*, Die Gewinnpoolung (1986) 166 ff; *Tanzer*, Einkünftezurechnung im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht, VÖJT 2003 III/1 (2003); *Gassner*, Grundsatzfragen der Einkünftezurechnung, VÖJT 2003/III/2, 67. **Spezialliteratur:** *Kofler*, Der steuerliche Durchgriff bei der Privatstiftung (2001); *Zorn*, Zurechnung von Einkünften unter dem Aspekt der Zwischenschaltung von Auslandsgesellschaften, FS Werner Doralt (2007) 527; *Lang*, Steuerlicher „Durchgriff“ durch liechtensteinische Stiftungen? ÖStZ 2011, 107; *Bodis*, Einkünftezurechnung bei zwischengeschalteten Kapitalgesellschaften (2011); *Gröhs/Ressler*, Die österreichische Rechtsprechung zur Durchgriffsbesteuerung im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen der EuGH-Rechtsprechung, FS Brogyanyi (2008) 663; *Lochmann*, Zurechnung von Vermögen und Einkünften einer liechtensteinischen Stiftung, SWI 2012, 137; *Ehrke-Rabel*, Einkünftezurechnung bei Körperschaften aus österreichischer und deutscher Sicht, sowie *Steindl*, Einkünftezurechnung und Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten – beide Abhandlungen in *Lang/Schuch/Staringer*, Einkünftezurechnung im Internationalen Steuerrecht (2012) 27 (und andere Autoren in diesem Sammelband). **Zum Steuerabkommen Österreich/Liechtenstein:** *Kirchmayr/Achatz*, taxlex 2013, 41; *Jirousek*, SWI 2013, 48; *Petritz*, SWK 2013, 323; *Hosp/Langer*, Liechtenstein-Journal 2012, 46; *Hosp/Langer*, ZfS 2012, 66. **UFS zur Transparenz liechtensteinischer Stiftungen:** UFS 17.11.2010, RV/3310-W/09, UFS 24.01.2012, RV/0673-W/10, RV/0674-W/10.

Impulsreferat: Dr. Andrei Bodis, BMF
Diskussion mit: Univ. Prof. Mag. Dr. Tina Ehrke-Rabel, Uni Graz
WP/StB Univ. Prof. DDr. Eduard Lechner, Uni Wien

06. Mai Die Firmenwertabschreibung nach § 8 Abs 3 EStG und § 9 Abs 7 KStG

Behandelt werden die steuersystematischen und betriebswirtschaftlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der (allgemeinen) Firmenwertabschreibung nach § 8 Abs 3 EStG sowie der Firmenwertabschreibung beim Share Deal gemäß § 9 Abs 7 KStG (ähnlich früher gemäß § 3 Abs 2 Z 2 UmgrStG). Ferner werden Praxisfragen des § 9 Abs 7 KStG unter besonderer Berücksichtigung der KStR erörtert.

Dazu: *Weninger*, Die Firmenwertabschreibung bei Share Deals (2008). Zur Firmenwertabschreibung nach § 3 Abs 2 Z 2 UmgrStG: *Werner Doralt*, ÖStZ 1995, 207; *Bruckner*, ÖStZ 1995, 225; *Hügel*, eclex 1995, 509; *Doralt*, eclex 1995, 661 sowie die rechtsvergleichende Aufarbeitung der österreichischen und deutschen Rechtsgrundlagen durch *Jochen Thiel*, Firmenwertabschreibung und Verlustverwertung nach österreichischem und deutschem Umwandlungssteuerrecht, Festschrift Flick (1997) 1005.

Referent: WP/StB DDr. Patrick Weninger, LL.M., Deloitte
Diskussion mit: Hon. Prof. Dr. Werner Wiesner
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

13. Mai Eigene Aktien im Spannungsfeld der Rückerwerbsbeschränkungen (§ 65 AktG) und Vermögensbindung (§ 52 AktG)

Eigenen Aktien kommt in der Finanzierungspraxis wachsende Bedeutung zu: Pensionsgeschäfte, Kurssicherung, Wertpapierleihe mit eigenen Aktien, Equity Swaps und andere Finanzierungsgeschäfte, Bedienung von Bezugsrechten aus Wandelanleihen uä mit eigenen Aktien. Zusätzlich sorgt die jüngst zu Rückerwerbs-Put-Optionen ergangene OGHE 6 Ob 33/11p für Diskussionsbedarf.

Dazu: OGH 18.07.2011, 6 Ob 33/11p, GesRZ 2011 mit Anm *Hügel*; *Cahn/Ostler*, Eigene Aktien und Wertpapierleihe, AG 2008, 221; *Paefgen*, Eigenkapitalderivate bei Aktienrückkäufen und Managementbeteiligungsmodellen, AG 1999,67; *Ihrig*, Optionen auf eigene Aktien, FS Ulmer (2003) 829; *Oechsler*, Die Wertpapierleihe im Anwendungsbereich § 71 AktG, AG 2010, 526; *Mick*, Aktien- und bilanzsteuerrechtliche Integrationen bei Einsatz von Eigenkapitalderivaten beim Aktienrückkauf, DB 1999, 1201; *Cahn* in *Spindler/Stilz AktG* § 71a Rz 69; *Jud/Saurer*, ÖBA 1998, 169.

Referent: RA Dr. Christoph Nauer, LL.M., bpv Hügel RAe
Diskussion mit: Hofrat Univ. Prof. Dr. Georg Kodek, LL.M.,
OGH/WU Wien
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

20. Mai frei (Pfingstmontag)

27. Mai [frei]

03. Juni [frei]

10. Juni Bilanzierung von Umgründungen

Das Seminar erörtert das neue Fachgutachten KFS RL 25. Aus diesem Anlass werden auch alte, doch unverändert aktuelle Praxisfragen erörtert, so insbesondere die Ausschüttungssperre nach § 235 Z 3 UGB und das sog Verbot der kapitalherabsetzenden Verschmelzung (Umgründung) aufgrund von OGH 11.11.1999.

Dazu: *Strimitzer*, Unternehmensrechtliche Bilanzierung von Umgründungsvorgängen, in *Helbich/Wiesner/Bruckner*, Handbuch der Umgründungen, Band C, Q3; zu § 235 Z 3 HGB: OGH 11.09.2003, 6 Ob 103/03w, GesRZ 2004, 59; *Christiner*, RWZ 2004, 193; *Beiser*, GesRZ 2005, 3; *Wundsam*, taxlex 2005, 545; *Hübner-Schwarzinger*, GesRZ 2005, 242; *Urtz/Zwick*, Ausschüttungssperre von Verschmelzungsgewinnen nach einer Upstream-Verschmelzung? ZFR 2013, 9; OGH 11.11.1999, 6 Ob 4/99b, GesRZ 2000, 25 – dazu aktuelle Darstellung des Meinungsstandes bei *Kalss*, Verschmelzung – Spaltung – Umwandlung² (2010) § 224 AktG Rz 40 ff; Kritik bei *Hügel*, FS Maier-Reimer (2010) 265.

Referent: WP/StB Dr. Eugen Strimitzer, KPMG
Podiumsdiskussion mit: Univ. Prof. Dr. Christian Nowotny, WU Wien
WP/StB Univ. Doz. Dr. Walter Platzer, Grant Thornton
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

17. Juni Aktuelle Fragen des Unternehmenssteuerrechts

Beabsichtigt ist die Behandlung folgender Fragen, wobei eine Anpassung der Themenliste aufgrund aktueller Entwicklungen zwischen der Veröffentlichung des Programms und dem Zeitpunkt des Seminars vorgenommen wird: Änderung der KöSt-Richtlinien; Neuregelung der Ausschüttungsfiktionen bei Import-Verschmelzungen (§ 3 Abs 1 Z 3 UmgrStG) und bei Umwandlungen (§ 9 Abs 6 UmgrStG); Beteiligungszuschreibung nach § 6 Z 13 EStG; Großmutterzuschuss in der Unternehmensgruppe und teleologische Reduktion des § 12 Abs 3 Z 3 KStG laut UFS; VwGH zum verschmelzungsbedingten Untergang einer Unternehmensgruppe; VwGH zum verschmelzungsbedingten Wegfall des Fruchtgenussrechtes an den Anteilen an der übernehmenden Körperschaft.

Dazu: *Kofler*, „Nachschärfung“ der Ausschüttungsfiktion bei „Cash-Box-Verschmelzungen“, SWK 2012, 1485; *Wurm*, Ausschüttungsfiktion neu bei Umwandlungen; SWK 2013, 113; *Gatterer*, Die wichtigsten Neuregelungen im UmgrStG im Zusammenhang mit dem AbgÄG 2012, taxlex 2012, 502; VwGH 28.06.2012, 2008/15/0228: Steuerneutraler Wegfall des Fruchtgenussrechtes an den Anteilen der übernehmenden Körperschaft bei Verschmelzung, GES 2012, 520. UFS 31.01.2013, GZ.RV/0903-L/12; *Petritz/Puchner*, RdW 2008, 231; *Trenkwalder*, FS Schlager 371; VwGH 18.10.2012, 2009/15/0214; anders *Beiser*, SWK 2008 S 594; VwGH 28.06.2012, 2008/15/0228, GES 2012, 520 mit Anm *Kofler*.

Referenten: StB Univ. Prof. Dr. Sabine Kirchmayr, Leitner Leitner,
Uni Wien
SC Univ. Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF, Uni Wien
WP/StB Dr. Hans Zöchling, KPMG
Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel

24. Juni Pflichtteilsrecht – offene Fragen der lex lata – Berechtigung de lege ferenda

Zahlreiche Zweifelsfragen des veralteten ABGB-Erbrechts belasten die Praxis: Welche Zuwendungen sind als Pflichtteilsdeckung geeignet? Welche Belastungen führen zu einer Pflichtteilsverletzung? Wie kann die Substanzaushöhlung von Unternehmen durch Pflichtteilsansprüche bewältigt werden? Stiftungszuwendungen können Pflichtteilsverletzungen begründen. Lässt sich dies durch die Einräumung von

Begünstigtenstellungen vermeiden?

Dazu: *Schauer*, Privatstiftung und Pflichtteilsrecht, NZ 1993, 251; *Schauer*, Ist das Pflichtteilsrecht noch zeitgemäß?, NZ 2001, 70 (Teil I), NZ 2001, 77 (Teil II); *Schauer*, Die Privatstiftung als Funktionsäquivalent der Schenkung auf den Todesfall, ZfS 2006, 52, *Jud*, Privatstiftung und Pflichtteilsdeckung, FS Welser (2004); *Welser*, Die Reform des österreichischen Erbrechts, Gutachten zum 17. ÖJT; *Umlauf*, Zwei wichtige Themen für die anstehende Erbrechtsreform, NZ 2012, 7; *Verena Hügel*, Stiftungsgestaltungen und Umgehung des Pflichtteilsrechts, ZfS 2008, 108; Beiträge von *Jud* und anderen in *Fischer-Czermak/Hopf/Kathrein/Schauer* ABGB 2011 – Chancen und Möglichkeiten einer Zivilrechtsreform (2008); *Welser*, Die Reform des österreichischen Erbrechts, NZ 2012, 1.

Impulsreferat: Univ. Prof. Dr. Hanns F. Hügel
Podiumsdiskussion mit: Univ. Prof. Dr. Brigitta Zöchling-Jud, Uni Wien
Notar Univ. Doz. Dr. Manfred Umlauf, Dornbirn
Univ. Prof. Dr. Martin Schauer, Uni Wien